

10.09.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Anstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2020 aktiv nutzen: Sozialunion forcieren und Steuergerechtigkeit herstellen!

I. Ausgangslage

In ihrem Koalitionsvertrag verspricht die Landesregierung „[d]ie deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 [...] aktiv und im Sinne der europapolitischen Agenda Nordrhein-Westfalens“ (S. 115) zu begleiten. Bis dato ist jedoch wenig Engagement der Landesregierung erkennbar. Nicht einmal in den relativ spät erschienenen europapolitischen Prioritäten der Landesregierung für das Jahr 2019 werden konkrete Maßnahmen in Bezug auf die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft erwähnt.

Auf Bundesebene bahnen sich einige Initiativen auf dem Weg zur EU-Ratspräsidentschaft 2020 öffentlichkeitswirksam an. Bereits seit Februar 2017 kann man im Koalitionsvertrag der Bundesregierung einige festgesteckte Schwerpunkte für die EU-Ratspräsidentschaft nachlesen. So wird in Zeile 1008 ff. erwähnt, dass Deutschland im Zuge der Ratspräsidentschaft die Gleichstellung von Frauen und Männern vorantreiben wolle, in Zeile 7306 ff. wird beteuert, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf allen Ebenen der EU stärker berücksichtigt werden müsse und in 8202 ff. wird auf den Beitrag von Kultur und Bildung und Pressefreiheit und Medienvielfalt gesetzt. Vor allem letzteres sollte für das Medienland NRW ein Anstoß sein, sich intensiv in diese Richtung zu engagieren.

Des Weiteren bat die Konferenz der Regierungschefinnen und -chefs am 21. März 2019 die Europaministerkonferenz um „die Koordinierung des Beitrages der deutschen Länder zur deutschen Ratspräsidentschaft“. Bei der 210. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 12. bis 14. Juni 2019 lud das Bundesinnenministerium (BMI) diejenigen Länder, die sich aktiv an der Vorbereitung der Ratspräsidentschaft beteiligen wollen, ein, vor und während der Ratspräsidentschaft Personal ins BMI zu entsenden. Und schließlich wurden auch auf europäischer Ebene einige Zeichen Richtung zukünftige Ratspräsidentschaften bei dem Gipfel von Sibiu am 9. Mai 2019 gesetzt. Hier wurde unter anderem die Strategische Agenda für den Rat in der Legislaturperiode 2019-2024 beschlossen. Damit sind einige vorgegebene Schwerpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 erkennbar. Einer der Schwerpunkte dieser Agenda ist die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte.

Datum des Originals: 10.09.2019/Ausgegeben: 10.09.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Welchen Beitrag NRW allerdings zum Gelingen der europäischen Ratspräsidentschaft leistet, ist zum aktuellen Zeitpunkt unbekannt.

Daher beschließt der Landtag eigene Schwerpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft einzubringen.

II. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer europäischen Sozialunion zu forcieren. Nachfolgende Punkte sind dabei umzusetzen:
 - a. Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Grundrechte wird mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt, Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss hergestellt und nötige Finanzmittel im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2017bereitgestellt werden.
 - b. Die Umsetzung einer Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten und Mindeststandards in der sozialen Sicherung. Das Schutzniveau von Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssystemen müssen sich mittel- bis langfristig in den EU-Staaten angleichen können.
 - c. Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die EU-Gleichstellungspolitik voran zubringt. Hierzu gehört die Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung der 2015 ausgelaufenen EU-Gleichstellungsstrategie, um mit verbindlichen Zielen, Maßnahmen und Sanktionen die Wahrung von Frauenrechten, der Schutz vor Gewalt, Sexismus und struktureller Diskriminierung zu gewährleisten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft, Steuergerechtigkeit zu einem Schwerpunkt macht. Eine globale Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen, eine konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftssteuer sowie die Verschärfung des Kampfes gegen Steuerflucht durch eine automatisierte Meldepflicht für Banken und eine verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung sind dabei elementare Bestandteile.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Nordrhein-Westfalen zum Standort für dezentrale Veranstaltungen der deutschen Ratspräsidentschaft zu machen. Hierbei sind insbesondere vom Strukturwandel betroffene Regionen zu berücksichtigen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die öffentliche Aufmerksamkeit der deutschen Ratspräsidentschaft zu nutzen, um im Rahmen der im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahl für die Bedeutung europäischer Politik für die kommunale Ebene zu werben.
6. Der Landtag prüft eigene Aktionen und Formate, um die deutsche Ratspräsidentschaft auf Landesebene zu flankieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Rüdiger Weiß

und Fraktion